



## Unia Kongress 2016 – Resolution «Migrationspolitik»

# Für eine offene und solidarische Schweiz

**Die Unia fordert gleiche Rechte für alle Arbeitnehmenden, eine menschliche Asylpolitik, Legalisierung der Sanspapiers und erleichterte Einbürgerungsverfahren.**

### **Nein zur Diskriminierung der Arbeitsmigrant/innen**

Jede/r Arbeitnehmer/in hat unabhängig von der Herkunft Anspruch auf faire Arbeitsbedingungen, eine würdige Behandlung und Respekt. Dieses Grundprinzip ist für die Unia nicht verhandelbar. Sie setzt sich entschlossen für die Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten, deren Partizipationsrechte und die Sicherung ihres Aufenthaltes ein. Auch ohne Schweizer Pass haben Migrantinnen und Migranten Rechte. Die Unia verlangt, dass diese respektiert werden.

Die Unia lehnt die Wiedereinführung von Kontingenten und diskriminierenden Ausländerstatuten, wie sie zurzeit im Zusammenhang mit der Umsetzung der MEI diskutiert werden, ab. Einschränkungen des Familiennachzugs und der Niederlassungs- bzw. Arbeitsplatzwahlfreiheit sowie diskriminierende Kurzaufenthalterbewilligungen dienen lediglich wirtschaftlichen Interessen, missachten menschliche Bedürfnisse und führen zu einer tiefen Spaltung der Arbeitnehmenden. Die Unia wird jeden Versuch, das Apartheitsmodell aus den Zeiten des Saisonierstatuts wieder einzuführen, mit allen Mitteln bekämpfen, nötigenfalls per Referendum.

### **Schutz und Rechte für Flüchtlinge**

Die Welt muss sich heute mit der grössten humanitären Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzen. 65 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht vor Krieg, Elend und Verfolgungen aller Art. Die Unia fordert darum die Schweizer Behörden auf, ihre rigide und rücksichtslose Rückschaffungspolitik im Rahmen des Dublin-Abkommens einzustellen. Es ist mit unseren humanitären Werten nicht vereinbar, dass täglich nicht-begleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten (UMA) an unsere Grenzen zurückgeschafft werden, ohne dass sie in der Schweiz ein Asylgesuch stellen konnten. Stattdessen soll die Schweiz so rasch als möglich 50'000 Flüchtlinge aufnehmen und sich im Rahmen der internationalen Gemeinschaft aktiv für sichere Migrationswege einsetzen.

### **Für einen menschlichen Umgang und eine Legalisierung von Sans-Papiers**

In der Schweiz wohnen zwischen 90'000 und 300'000 Sans-Papiers. Vielen von ihnen leben unter erbärmlichen Umständen im Untergrund. Die meisten von ihnen sind in Wahrheit „Arbeitskräfte ohne legalen Status“. Skrupellose Arbeitgeber nutzen den unsicheren Status aus und drängen diese Menschen in Situationen extremer Ausbeutung. Ein für die Unia unhaltbarer Zustand. Auch ohne Aufenthaltsbewilligung haben Sans-Papiers einen in den Grundrechten verankerten Anspruch auf Schutz. Die Unia kämpft die Anerkennung dieses Grundrechtes und eine umfassende Legalisierung der Papierlosen.

### **Informationskampagne zur Einbürgerung**

Rund die Hälfte der in der Schweiz wohnhaften Personen ohne Bürgerrecht erfüllen heute die Einbürgerungsanforderungen. Die meisten von ihnen wurden in der Schweiz geboren. Andere sind als Kinder hierhergekommen. Diese Menschen sind ein fester Bestandteil der Schweiz, und es zeugt von einem enormen Demokratiedefizit, wenn sie nicht als mündige Bürger/innen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens teilnehmen können.

Das auf 2018 in Kraft tretende revidierte Bürgerrechtsgesetz wird aber zu einer weiteren Verschärfung des heute schon beschwerlichen Einbürgerungsverfahrens führen. Ausserdem ermöglicht die diskriminierende Ausschaffungsinitiative bereits jetzt die Wegweisung von Personen ohne Schweizer Pass wegen Bagatelldelikten. Die Unia tritt an, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen. Wir fordern mehr Rechte für Migrantinnen und Migranten sowie erleichterte Einbürgerungsverfahren. Die Behörden müssen allen Migrantinnen und Migranten, welche die Einbürgerungskriterien erfüllen, vermitteln, dass sie willkommen sind und eine Einbürgerung erwünscht ist. In diesem Sinne unterstützen wir auch die Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation, die im Februar 2017 zur Abstimmung kommt.